

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Blick in die Weltpresse: Sieg der Vernunft?; Le Monde - Zum Atomsperrvertrag; Die Weltwoche - Erfolg der Deutschen; Neue Zürcher Zeitung - Europäische Selbstprüfung - Vor der Aufnahme des deutsch-polnischen Dialogs; New Statesman - Der Preis für Pompidou "Ja" - Ein Rückschlag für die sowjetischen Maschälle?; International Herald Tribune - Zum Erfolg verurteilt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1969) : Blick in die Weltpresse: Sieg der Vernunft?; Le Monde - Zum Atomsperrvertrag; Die Weltwoche - Erfolg der Deutschen; Neue Zürcher Zeitung - Europäische Selbstprüfung - Vor der Aufnahme des deutsch-polnischen Dialogs; New Statesman - Der Preis für Pompidou "Ja" - Ein Rückschlag für die sowjetischen Maschälle?; International Herald Tribune - Zum Erfolg verurteilt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 12, pp. 681-682

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134045>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

BLICK IN DIE WELTPRESSE

Sieg der Vernunft?

Die Fronten zwischen Ost und West sind in Bewegung geraten. EWG-Gipfel, Atomsperrvertrag, deutsch-polnische Gespräche und insbesondere Verhandlungen der beiden Supermächte über eine Begrenzung ihrer Nuklearwaffensysteme (SALT) in Helsinki scheinen freundlichere Ausblicke zu eröffnen.

Le Monde

Zum Atomsperrvertrag

Paris, 28. 11. 1969: Die Ratifizierung des Atomsperrvertrags durch die USA und Moskau ist lediglich eine eigennützige Geste. Ihre eigenen Waffenarsenale werden durch das Abkommen überhaupt nicht begrenzt, und nur durch die Hartnäckigkeit dritter Mächte und ihrer Alliierten sahen sie sich gezwungen, in der Präambel des Vertrages eine Beendigung des nuklearen Wettrüstens und eine allgemeine Abrüstung zu versprechen.

Die Eröffnung der sowjetisch-amerikanischen SALT-Verhandlungen in Helsinki mag man als einen Schritt zur Durchführung dieses Versprechens gelten lassen. Jedenfalls ist es keineswegs überraschend, daß der Vertrag in der ganzen Welt eine so scharfe Kritik hervorgerufen hat und daß sein Anwendungsbereich letztlich begrenzt bleibt. Abgesehen von der Bundesrepublik stehen alle Länder, die sich ihre eigene Nuklearwaffe aufbauen oder sich in politischen oder strategischen Situationen wiederfinden könnten, in denen sie auf eine solche Waffe zurückgreifen möchten, dem Vertrag ablehnend gegenüber oder zögern, sich auf derartige Verpflichtungen einzulassen.

DIE WELTWOCHEN

Erfolg der Deutschen

Zürich, 28. 11. 1969 (Gustav Mauthner): Daß Schumann sich nun bereits formell zugunsten der „Erweiterung“ des Marktes ausgesprochen hat, ist kaum das Ergebnis irgendwelcher neuer englischer Vorstöße. Soweit überhaupt diplomatische Aktionen im Spiel sind, liegt hier ein Erfolg der Deutschen vor, die diskret, aber beständig, in Paris zugunsten der Engländer vorstellig gewor-

den sind. Der Entwicklung liegt jedoch vor allem die Erkenntnis in Frankreich selbst zugrunde, daß de Gaulle dem Land mit seinen Ressentiments gegen die Briten geschadet hat. In der zweiten Novemberhälfte veröffentlichte das außenpolitische Komitee der französischen Nationalversammlung einen Bericht, wonach Frankreich politisch, wirtschaftlich und militärisch von dem englischen Beitritt profitieren würde. Eine neue Ablehnung würde England „in den amerikanischen Bereich“ stoßen, „aus dem wir es nie mehr würden lösen können“. Zu einem Zeitpunkt, an dem erstmalig Amerikaner und Sowjets zu zweit über Atomfragen verhandeln – ohne Zuziehung der Atommächte England und Frankreich –, ist das ein Gesichtspunkt, der Schumanns Position stärkt. Mit seiner Politik zugunsten des Beitritts hatte er zumindest bisher gegen große Widerstände insbesondere bei den Gaulisten zu kämpfen gehabt.

Neue Zürcher Zeitung

Europäische Selbstprüfung

Zürich, 30. 11. 1969 (F. L.): Das Geschäft von Regierungschefs ist nicht das Verhandeln und Feilschen, sondern die politische Entscheidung. Die Situation Europas rechtfertigt und verlangt es, daß sie unter politischen Aspekten examiniert und nicht nur examiniert werde. Sie hat sich in wesentlichen Punkten verändert seit jenem Bonner Treffen vor acht Jahren, das Hoffnungen entzündete, die dann rasch wieder erloschen. Die beiden außereuropäischen Supermächte verhandeln heute miteinander über Fragen, die den alten Kontinent nicht nur am Rande berühren, und eine vielschichtige östliche Verhandlungsinitiative zielt auf eine Lockerung des westeuropäischen Gewebes. Beides, und manche andere bedenkliche Veränderung der Lage würden eine Festigung des Zusammenhaltes, nicht nur des ökonomischen, verlangen.

In Westeuropa selber haben sich einige Gegebenheiten verändert. Die Deutsche Bundesrepublik ist hier zur stärksten Wirtschaftsmacht geworden und beginnt eine selbständige Ostpolitik zu entfalten, die Moskau ein neues Spielelement in die Hand gibt und Frankreich dort einen Konkurrenten besichert ... Die europäische Bindung Deutschlands

erhält wieder größere Bedeutung und innerhalb des westeuropäischen Verbandes die Einfügung von Gegengewichten, nicht zuletzt des britischen, gegen ein Übergewicht Bonns. Daß die „insolente santé“ des rheinischen Nachbarn und seine Ostpolitik französische Vorstellungen da und dort in Beschlag nehmen und sie in europäische Richtung drängen, ist offensichtlich.

Vor der Aufnahme des deutsch-polnischen Dialogs

Zürich, 25. 11. 1969: Soviel man aus den bisherigen nichtamtlichen Äußerungen vernehmen konnte, haben die Antworten, die Willy Brandt formuliert hat, guten Anklang gefunden. Damit hat der Bundeskanzler den politischen Boden für die zu erwartenden Vorschläge über die Modalitäten des Gespräches vorbereitet und auch denjenigen Kreisen in Polen geholfen, die an dem Gelingen des Dialogs interessiert sind. Das ist wichtig, denn darüber scheint in Warschau keine Einmütigkeit zu herrschen... Auch die meisten Wirtschaftsfunktionäre in Partei und Staat treten offenbar für eine Verständigung mit der Bundesrepublik ein. Man kann sogar vermuten, daß von dieser Seite die stärksten Impulse ausgehen. Das hängt mit der jetzt angelaufenen Wirtschaftsreform zusammen. Die Vertreter der Reform wollen die technische Lücke in der polnischen Wirtschaft unter anderem auch mit Hilfe des Westens, wahrscheinlich in erster Linie der Bundesrepublik, schließen oder mindestens nicht größer werden lassen.

NEW STATESMAN

Der Preis für Pompidou „Ja“

London, 28. 11. 1969 (Margot Lyon): Durch den Ausschluß Großbritanniens würden die Sechs auch den Beitrag seiner fortgeschrittenen Technologie, seines erfahrenen Kapitalmarkts und Bankensystems, aber auch die Möglichkeit gegenseitiger militärischer Vorteile verlieren. Was aber denkt die französische Öffentlichkeit? Meinungsumfragen, die neueste Marotte der Franzosen, sind so zahlreich wie fallende Blätter im Herbst. Vergangene Woche ermittelte eine von ihnen, daß die Mehrheit der Franzosen nicht nur den britischen Beitritt wünscht, sondern daß 66% für eine gemeinsame europäische Linie in der Verteidigungs- und Außenpolitik und im Hinblick auf Währungs- und Lohnfragen sind. Sie würden auch bereitwillig einen europäischen Präsidenten akzeptieren, der nicht unbedingt ein Franzose zu sein brauchte.

Ein Rückschlag für die sowjetischen Marschälle?

London, 21. 11. 1969 (Gabriel Lorince): Die gemeinsame Ankündigung einer Übereinkunft über die SALT-Gespräche (Helsinki) sprach mehr von einer Begrenzung des Rüstungswettlaufs als von

Abrüstung — eine beruhigende Geste gegenüber den sowjetischen und amerikanischen Militärlobbies. Aber allein die Tatsache, daß die amerikanischen und russischen Politiker über die Köpfe ihrer widerspenstigen Militärs hinweg diese Gespräche aufgenommen haben, deutet auf eines hin: Die Regierungen der beiden Atomgiganten akzeptieren die gegenwärtige nukleare Parität. Das ist etwas, wogegen die Sowjetmarschälle — und zweifellos auch das Pentagon — unerbittlich opponieren. Die ungehemmte Entwicklung der militärischen Stärke Rußlands ist für die Marschälle zum Glaubenssatz geworden, seit ihnen Chruschtschow während seiner exzentrischen Regierung die notwendigen Mittel verweigerte und sie den Demütigungen der kubanischen Konfrontation aussetzte.

Ende des Monats stellte sich eine seltsame „Kollaboration“ zwischen den sowjetischen und amerikanischen Militäriobbies heraus. Die Risiken, die diese Information für die Verhandlungen von Helsinki barg, wurden vom Kreml sofort erfaßt. Auf einer Konferenz im Kreml schlug Breschnjew im Hinblick auf die meisten Ost-West-Probleme ungewöhnlich sanfte Töne an — ein Hinweis auf die Einigkeit der Politiker bei der Verteidigung ihrer Verhandlungen. Dieser spektakuläre Stellungswechsel Breschnjews innerhalb der Machtgruppierungen des Kreml deutet darauf hin, daß er sich des möglicherweise bedrohlichen Machtzuwachses der Marschälle durch immer neuere und stärkere Waffensysteme bewußt ist.

INTERNATIONAL
Herald Tribune
Published with The New York Times and The Washington Post

Zum Erfolg verurteilt

Paris, 1. 12. 1969 (C. L. Sulzberger): Die bloße Tatsache, daß die SALT-Verhandlungen über eine Kontrolle der strategischen Waffen in diskretes Schweigen gehüllt sind, deutet auf ihren günstigen Verlauf hin. Würde es sich um nicht mehr als eine Propagandaübung handeln, wäre schon manche saftige Information durchgesickert... Die für die Notwendigkeit eines Erfolgs sprechenden Argumente sind unangreifbar. Für die Supermächte wäre es viel besser, beim jetzigen Stand der gegenseitigen Abschreckung auf der Basis des militärisch Ausreichenden einzuhalten und keine Überlegenheit anzustreben. Jede Seite ist bereits stark genug, die andere abzuschrecken, und mehr als das, um mit jeder anderweitigen Bedrohung fertig zu werden. Es ist sinnlos, noch mehr Mittel für eine nutzlose „Overkill“-Kapazität aufzuwenden. Kernwaffen haben ihre eigene, ideologische Grenzen überschreitende, Logik. Wenn diese Logik auch auf ihre Kontrolle angewendet werden kann, dann sind die Verhandlungen zum schließlichen Erfolg verurteilt.